

01.09.93

**Antrag
des Landes Hessen**

**Entschließung des Bundesrates zur Einführung von
bundeseinheitlichen Stundungsrichtlinien für den Erwerb militärischer
Liegenschaften durch die Länder und Kommunen**

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Wiesbaden, den 31. August 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Oskar Lafontaine

Sehr geehrter Herr Prsident,

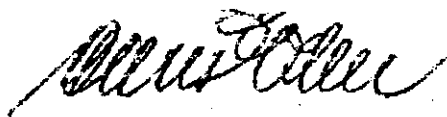
die Hessische Landesregierung hat beschlossen, dem Bundesrat den beigefügten Antrag für
eine

Entschließung des Bundesrates zur Einführung von bundeseinheit-
lichen Stundungsrichtlinien für den Erwerb militärischer Liegen-
schaften durch die Länder und Kommunen

zuzuleiten.

Ich bitte, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates auf die
Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 24. September 1993 mit dem Ziel der
Beschlußfassung zu setzen.

Mit freundlichen Gren



Hans Eichel

Anlage

Entschließung des Bundesrates zur Einführung von bundeseinheitlichen Stundungsrichtlinien für den Erwerb militärischer Liegenschaften durch die Länder und Kommunen

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, bundeseinheitliche Regelungen für den Erwerb freiwerdender militärischer Liegenschaften zu schaffen, die den Ländern und Kommunen eine zinslose Stundung des Kaufpreises bei Anzahlung von 10 % des Kaufpreises und einer Tilgungszeit von 19 Jahren gewähren.

6/17/93

Begründung:

Durch den Abbau der in den alten Ländern der Bundesrepublik stationierten alliierten Streitkräfte, den Abzug ehemals sowjetischer Truppen aus den neuen Bundesländern und die mit Ablauf des Jahres 1994 abzuschließende Reduzierung der Bundeswehr als Folge der Wiederherstellung der deutschen Einheit wird in der gesamten Bundesrepublik in großem Umfang für militärisch genutzte Liegenschaften die bisherige Zweckbindung entfallen.

Der Umfang der freiwerdenden Liegenschaften wird durch den inzwischen angekündigten weiteren Truppenabbau der alliierten Streitkräfte noch zunehmen.

Zum größten Teil sollen diese Einrichtungen und Flächen für eine zivile Folgenutzung verfügbar werden. Der Bund beabsichtigt, die für eigenen Bedarf nicht mehr benötigten Liegenschaften abzugeben.

Die Länder und auch die Kommunen haben für eigene öffentliche Zwecke erhebliches Interesse an einem Teilerwerb der freigewordenen Grundstücke und Gebäude.

Inzwischen liegen die ersten Erfahrungen mit den Kaufpreisvorstellungen des Bundesfinanzministers vor. Dabei hat sich ergeben, daß weder die Länder noch die Kommunen derzeit in der Lage sind, die für eigenen Bedarf vorgesehenen Liegenschaften zu erwerben. Vornehmlich in den Städten werden Preise festgelegt, die die Finanzkraft der Länder und Kommunen überfordern. Dies selbst dann, wenn bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen Verbilligungen eingeräumt werden und der Bund den Kaufpreis unterhalb des ermittelten Wertes festsetzt.

Die vom Bund inzwischen eingeräumten Stundungsmöglichkeiten (Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 26. April 1993) bedeuten zwar gegenüber der bisherigen Regelung Verbesserungen; zur Erfüllung des öffentlichen Bedarfs bei den Ländern und Kommunen sind sie aber noch nicht ausreichend. Hinzukommt, daß diese Regelung für die alten und die neuen Bundesländer unterschiedliche Konditionen vorsehen; dies erscheint nicht mehr gerechtfertigt. Notwendig ist die Ausdehnung der bisher für die neuen Bundesländer geltenden Stundungskonditionen auf das gesamte Bundesgebiet.

Wenn aufgrund der äußerst angespannten Finanzlage der Länder und Kommunen die für öffentliche Zwecke notwendigen Liegenschaften nicht erworben werden können, besteht die Gefahr, daß die bisherigen Sonderflächen zu Spekulationsobjekten werden oder Militärbrachen entstehen.

25.02.94**Beschluß**
des Bundesrates

**Entschließung des Bundesrates zur Einführung von bundeseinheitlichen
Stundungsrichtlinien für den Erwerb und die zivile Nutzbarmachung
militärischer Liegenschaften durch die Länder und Kommunen**

Der Bundesrat hat in seiner 666. Sitzung am 25. Februar 1994 die aus der Anlage ersichtliche Entschließung gefaßt.

Anlage

**Entschließung des Bundesrates zur Einführung von bundeseinheitlichen
Stundungsrichtlinien für den Erwerb und die zivile Nutzbarmachung
militärischer Liegenschaften durch die Länder und Kommunen**

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, bundeseinheitliche Regelungen für den Erwerb und die zivile Nutzbarmachung freiwerdender militärischer Liegenschaften zu schaffen, die den Ländern und Kommunen eine zinslose Stundung des Kaufpreises bei Anzahlung von 10 vom Hundert des Kaufpreises und einer gestaffelten Tilgungszeit von 19 Jahren oder entsprechend befristete zinslose, übertragbare Erbbaurechte gewähren oder im Einzelfall eine treuhänderische Übertragung gegen Übernahme der Bewirtschaftungskosten mit dem Ziel der Verwertung ermöglichen. Gleiches gilt für Entwicklungsgesellschaften, an denen die Länder oder Kommunen beteiligt sind.

Der vom Bund demgegenüber ab 1996 vorgesehene Abbau der Verbilligungen wird vom Bundesrat abgelehnt.

Begründung:

Durch den Abbau der in den alten Ländern der Bundesrepublik stationierten alliierten Streitkräfte, den Abzug ehemaliger sowjetischer Truppen aus den neuen Ländern und die mit Ablauf des Jahres 1994 abzuschließende Reduzierung der Bundeswehr als Folge der Wiederherstellung der deutschen Einheit wird in der gesamten Bundesrepublik in großem Umfang für militärisch genutzte Liegenschaften die bisherige Zweckbindung entfallen.

Der Umfang der freiwerdenden Liegenschaften wird durch den inzwischen angekündigten weiteren Truppenabbau der alliierten Streitkräfte noch zunehmen.

Zum größten Teil sollen diese Einrichtungen und Flächen für eine zivile Folgenutzung verfügbar werden. Der Bund beabsichtigt, die für eigenen Bedarf nicht mehr benötigten Liegenschaften abzugeben. Gleichzeitig hat der Bund

demgegenüber die Absicht bekanntgegeben, die bestehenden Verbilligungen ab 1996 abzubauen.

Die Länder und auch die Kommunen haben ein erhebliches Interesse an einem (Teil-)Erwerb freigewordener Grundstücke und Gebäude für eigene öffentliche Zwecke. Darüber hinaus besteht insbesondere in den ländlichen und bisher einseitig militärisch geprägten Regionen die dringende Notwendigkeit, aufgegebene Militärflächen zivil nutzbar zu machen und durch gewerbliche Ansiedlungen den durch den Truppenabbau verursachten negativen strukturellen Folgewirkungen entgegenzuwirken.

Inzwischen liegen die ersten Erfahrungen mit den Kaufpreisvorstellungen des Bundesfinanzministers vor. Dabei hat sich ergeben, daß weder die Länder noch die Kommunen derzeit in der Lage sind, die für eigenen Bedarf vorgesehenen Liegenschaften zu erwerben oder für private gewerbliche Nutzungen aufzubereiten. Vornehmlich in den Städten werden Preise festgelegt, die die Finanzkraft der Länder und Kommunen überfordern. Dies selbst dann, wenn bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen Verbilligungen eingeräumt werden und der Bund den Kaufpreis unterhalb des ermittelten Wertes festsetzt. Für gewerbliche oder sonstige Ansiedlungen auf ehemaligen Militärflächen können im übrigen bisher in der Regel keine Vergünstigungen in Anspruch genommen werden. Die zivile Umnutzung großräumiger und mit militärischen Zweckbauten versehener Flächen erfordert jedoch Erschließungs-, Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen, die von den planungsverpflichteten Kommunen auch bei Inanspruchnahme privaten Kapitals nicht zuzüglich zum Kaufpreis finanziert werden können.

Die vom Bund inzwischen eingeräumten Stundungsmöglichkeiten (Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 26. April 1993) bedeuten zwar gegenüber der bisherigen Regelung Verbesserungen; zur Erfüllung des öffentlichen Bedarfs bei den Ländern und Kommunen sind sie aber noch nicht ausreichend. Die Regelung muß insbesondere auch die Fälle erfassen, in denen vor einer erfolgsversprechenden Gewerbeansiedlung durch Kommunen oder öffentlich (mit-)getragene Entwicklungsgesellschaften wesentliche Erschließungs-, Sanierungs- oder sonstige Maßnahmen zur städtebaulichen Neuordnung der Flächen durchgeführt werden müssen. Die Regelung muß daher ausgedehnt werden auf längerfristige zinslose Erbbaurechte, die im Falle einer gewerblichen oder sonstigen privaten Auszahlung, u.U. gegen Übernahme der Bewirtschaftungskosten, auch auf Dritte übertragen werden können. Gleiches gilt für

eine befristete treuhänderische Übertragung einer Liegenschaft mit dem Ziel ihrer Verwertung unter angemessener Beteiligung des Bundes am Gewinnerlös. Hinzu kommt, daß diese Regelung für die alten und die neuen Länder unterschiedliche Konditionen vorsieht; dies erscheint nicht mehr gerechtfertigt. Notwendig ist die Ausdehnung der bisher für die neuen Länder geltenden Stundungskonditionen auf das gesamte Bundesgebiet.

Wenn aufgrund der äußerst angespannten Finanzlage der Länder und Kommunen die für öffentliche Zwecke notwendigen Liegenschaften nicht erworben und entwickelt werden können, besteht die Gefahr, daß die bisherigen Sonderflächen zu Spekulationsobjekten werden oder Militärbrachen entstehen.